

## **PRESSEERKLÄRUNG**

### **Änderung des Stiftungsgesetzes der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“**

Der Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte e.V. hat mit großer Besorgnis zur Kenntnis genommen, dass in naher Zukunft eine Änderung des Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ geplant ist.

Die geplanten Änderungen zielen offensichtlich unter anderem darauf ab, die Interessenvertretung der Überlebenden des Nazi-Terrors in den Gremien der Stiftung zu beschneiden und wesentliche Entscheidungsbefugnisse ausschließlich der deutschen Wirtschaft und der Regierung zu übertragen.

Der Vorstand des Bundesverbandes lehnt alle Änderungen am Stiftungsgesetz ab, die den Charakter der Stiftung dahingehend verändern, dass eine Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse der Überlebenden nicht mehr ausreichend gewährleistet ist.

Vorstand und Kuratorium der Stiftung haben in der Vergangenheit kollegial und erfolgreich alle anstehenden Aufgaben gemeinsam bearbeitet. Der Bundesverband sieht für eine Änderung am Stiftungsgesetz absolut keine Notwendigkeit und weist zugleich darauf hin, dass strukturelle Änderungen zu erheblichen Verstimmungen und zu einem starken Vertrauensverlust auf Seiten der weltweiten Partner der Stiftung und vor allem der Überlebenden selbst führen wird.

### **BUNDESVERBAND INFORMATION & BERATUNG FÜR NS-VERFOLGTE e.V.**

Michael Teupen  
Holweider Straße 13-15  
51065 Köln  
Tel 0221 17 92 94 0  
Fax 0221 17 92 94 29